

Freiberger Anzeiger und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortlicher Redakteur Julius Braun in Freiberg.

No. 2.

Erscheint jeden Wochentag Abends 6 Uhr für den andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf., zweimonatlich 1 R. 50 Pf., u. einmonatlich 75 Pf.

Dienstag, den 4. Januar.

Inserate werden bis Vormittags 11 Uhr angenommen und beträgt der Preis für die gepaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfennige.

1881.

Nachbestellungen

auf den „Freiberger Anzeiger und Tageblatt“ für die Monate

Januar, Februar und März

werden von sämtlichen Postanstalten wie von der unterzeichneten Expedition und den bekannten Ausgabestellen in Freiberg, Brand, Langenau, Halsbrüde, Langhennersdorf und Weiskorn zum Preise von 2 R. 25 Pf. angenommen.

Expedition

des „Freiberger Anzeiger und Tageblatt“.

Tageschau.

Freiberg, 3. Januar.

Unmittelbar an den diesmaligen Jahreswechsel knüpfte sich ein bedeutungsvoller Gedenktag. Am gestrigen Sonntage waren es zwanzig Jahre, daß Kaiser Wilhelm, damals im 64. Lebensjahre stehend, den Thron seiner Väter bestieg. Zwanzig Jahre sind im Leben der Völker eine kurze Spanne Zeit. Aber wenn wir uns die Fälle der großen weltbewegenden Ereignisse vergegenwärtigen, welche sich in der bisherigen Regentenlaufbahn Kaiser Wilhelms zusammengedrängt haben, so scheinen uns die Zustände zur Zeit seiner Thronbesteigung einer weit entlegenen Periode anzugehören. Und in dem Mittelpunkt dieser Ereignisse erhebt sich die Heldengestalt unseres Kaisers. Sein starker Wille verharret fest und unerwankt wie ein Fels in den Wogen der Bewegung; er beherrscht sie, er lenkt sie zu klar erkannten, sicher ins Auge gefaßten Zielen; die nächste Aufgabe, welche die Umstände ihm gestellt haben, erfüllt er ganz und voll, und so wird ihm jeder Erfolg die Grundlage und der Ausgangspunkt neuer Erfolge; das erreichte Ziel wird eine Station, ein Ruhepunkt auf dem Wege zu einem weiteren Ziele. Nirgends nehmen wir ein ungeduldriges Drängen ins Maßlose wahr, aber stets wird die mit wunderbarer Klarheit richtig bemessene, niemals überschätzte Kraft des Staates daran gesetzt, um die Aufgaben, welche die Regentenpflicht dem Herrscher vorschreibt, durchzuführen. Mit weisem Maßhalten vereinigt sich im Augenblicke, wo es gilt, eine folgenreiche Entscheidung zu treffen, feste Entschlossenheit und muthiges Handeln; und was klare, ruhige Besonnenheit und strenges Pflichtgefühl im Verein mit entschlossener Thatkraft zu leisten vermögen, das hat, wie vielleicht keine andere Periode der Geschichte, die Regierung Kaiser Wilhelms der Welt gezeigt. Mit dem deutsch-dänischen Kriege war die Siegesbahn eröffnet, die über Königgrätz nach Nikolsburg, über Mex und Sedan nach Versailles und Paris führte, die Deutschland unter Kaiser Wilhelms Szepter einigte, ihm zurückgab, was die Gewaltthaten Ludwig XIV. ihm entzogen hatten, die in dem geeinigten Deutschland einen festen Schwerpunkt für das europäische Staatensystem und einen sicheren und zuverlässigen Hort und Wächter des europäischen Friedens schuf. Gewaltig, ja beispiellos, ist die Umgestaltung der Machtverhältnisse, welche durch eine Reihe der herrlichsten Thaten erzielt ist; aber fast eben so beispiellos ist die maßvolle und weise Zurückhaltung, in welcher das neue Deutschland seine schwer errungene Macht ausübt. Deutschland hat erobert, aber es ist keine eroberte Macht geworden. Es hat Europa bewiesen, daß die Erhaltung des Friedens das Ziel seiner Politik ist; es hat den alten Rivalen verböhnt und in ihm einen treuen und zuverlässigen Freund und Bundesgenossen gewonnen. Wüde Gottes Hand auch ferner schützend über dem Kaiser walten, und mögen alle Kreise des Volkes sich fort und fort in Liebe und Vertrauen um den Thron schaaren, um in gemeinsamer Arbeit das Werk zu fördern, zu welchem er den festen Grund gelegt hat.

Bei dem diplomatischen Neujahrsempfange am kaiserlichen Hofe erschien Kaiser Wilhelm im besten Wohlsein und frischester Haltung. Er empfing die Gratulanten in heiterer, freundlicher Stimmung und unterhielt sich mit ihnen ungefähr zehn Minuten. Dabei wurde kein politisches Thema berührt. Großes Interesse erregte es, als der Kaiser sich zu dem Vertreter Oesterreich-Ungarns wandte und demselben mit großer Lieblichkeit mit-

theilte, es bereite ihm Freude, durch Kaiser Franz Josef davon benachrichtigt zu sein, daß das Gerücht von einer Verschiebung der Hochzeit des Kronprinzen Rudolf unbegründet wäre. Er (Kaiser Wilhelm) habe beschlossen, sich bei den Hochzeitsfeierlichkeiten in Wien durch seinen Sohn, den Kronprinzen, vertreten zu lassen, welcher deshalb nach Wien kommen würde. Unter den zum Neujahrsempfange anwesenden Botschaftern fehlte der russische Vertreter, Herr v. Saburoff, dem es nicht möglich gewesen war, sich rechtzeitig von seinen Dienstgeschäften in Petersburg frei zu machen, wohn er dieser Tage vom Czaren berufen worden war. — Der Bundesrath wird seine Arbeiten in der zweiten Januar-Woche wieder aufnehmen; zunächst handelt es sich um Fertigstellung des Stats. Im Uebrigen sollen vorläufig keine größeren Arbeiten erst nach Beendigung der Ministerkonferenzen zu erwarten sein. — Dem preussischen Abgeordnetenhaus ist nach seiner Vertagung ein Gesetzesentwurf, betr. die Verwendung der in Folge weiterer Reichssteuerreformen an Preußen zu überweisenden Geldsummen, zugegangen. Die Grundzüge desselben bestehen darin, daß die Klassensteuer für die 4 untersten Stufen außer Hebung gesetzt, der Betrag der Klassensteuer der übrigen Stufen aber, so wie die Grund- und Gebäudesteuer bis zur Hälfte des etatsmäßigen Ertrages den Kreisen überwiesen werden soll. Man berechnet, daß zur Erreichung dieser Ziele 105—110 Millionen neue Reichssteuern erforderlich sind und glaubt daher, daß die Bundesregierungen dem bevorstehenden Reichstage außer den oben genannten Steuerentwürfen noch einen Antrag auf Einführung des Tabakmonopols vorlegen werden. — Die preussische Staatsregierung hat die rheinischen Ultramontanen mit ihrer berückichtigten, aus Anlaß der Kölner Domfeier an den Kaiser gerichteten Immediatvorstellung gründlich abfahren lassen, indem sie ihnen im Austrage des Kaisers erwiderte, sie erachte es nicht für angezeigt, jene Feier zum Anknüpfungspunkt für die Erörterung kirchenpolitischer Anträge und Gesichtspunkte zu machen.

Der Anwalt der deutschen Genossenschaften, Herr Schulze-Delitzsch, hat soeben das erste Heft einer Broschürensammlung herausgegeben, die sich mit Erörterung der großen Zahl von Rechtsfragen beschäftigt, welche durch die eben so vielseitige, als umfangreiche Entwicklung der Genossenschaften hervorgerufen wurden. Neben den umfassenden Kommentaren von Gelehrten und Fachmännern zum preussischen, wie dem daraus hervorgegangenen deutschen Genossenschaftsgesetz macht der Verfasser in diesen Heften seinen Standpunkt in Bezug auf einzelne bei der Interpretation verschiedener Gesichtspunkte hervorgetretene Streitpunkte geltend, wie solche bei Einführung neuer Verkehrsformen mit neuen Gelegen stets vorzukommen pflegen. Schon als erwähnter Anwalt des deutschen Genossenschaftsverbandes und dadurch unmittelbar in geschäftlicher Beziehung zu der ganzen Bewegung, fühlte er sich gedrungen, auf Grund der gemachten Erfahrungen für die rechtlich und wirtschaftlich hierbei innewahrenden Gesichtspunkte, einzutreten. Dazu kommt aber noch: daß die Entwürfe der betreffenden Gesetze vom Verfasser selbst ausgingen, indem er dieselben im preussischen Abgeordnetenhaus und sodann im deutschen Reichstage einbrachte und an den Beratungen und der Beschlussfassung darüber in den Kommissionen, wie im Plenum der parlamentarischen Körperschaften theilnahm. Daher wird der Inhalt dieser Hefte nicht nur in den genossenschaftlichen Kreisen, sondern namentlich auch bei den Gerichten dieselbe Beachtung finden, wie alle früheren Arbeiten des Verfassers. Die Publikation ist um so zeitgemäßer, als bekanntlich die Revision des deutschen Genossenschaftsgesetzes noch immer auf der Tagesordnung des demnächst wieder zusammen tretenden deutschen Reichstages steht. Die Streitfragen ermöglichen Jedermann die gediegenste Vorbereitung zu den bei dieser Gelegenheit in Aussicht stehenden Meinungskämpfen.

Aus der österreichischen Hauptstadt theilt man als zuverlässig mit, daß bis jetzt in bestunterrichteten politischen Kreisen von der vor einigen Tagen avisirten neuesten Note der Pforte, wonach diese das europäische Schiedsgericht ohne Stellung irgend welcher anderweitiger Vorschläge abgelehnt hätte, noch nichts bekannt ist. Mit Bestimmtheit ist indessen zu erwarten, daß die Schiedsgerichtsaffaire in zwei bis drei Tagen in eine entscheidende

Phase eintreten werde. — Die offiziöse „Montags-Revue“ schreibt: „Sollte die Vermittelung der Mächte undurchführbar sein, so wird es nur die Aufgabe Europas bleiben, das europäische Konzert zu erhalten und dadurch eventualiter einen griechisch-türkischen Kampf lediglich zu einer Episode zu stempeln, welche die Pazifizierung des Orients zwar unterbrechen, aber nicht unmöglich machen würde. Im entgegengesetzten Falle würde sich allerdings die orientalische Frage in ihrer ganzen Ausdehnung aufrollen, die letzten Entscheidungen aber würden sich nicht im Orient, sondern auf europäischem Boden vollziehen.“

Am Neujahrstage starb in Frankreich Blanqui. Der Tod dieses Mannes befreit das Land von einem der eigenthümlichsten Ruhestörer, die wohl jemals existirt haben. Blanqui war der Verschwörer aus Prinzip. Verus und Vergnügen. Er wollte seit seinem Eintritt in das politische Leben jede Regierung stürzen, nicht, um eine andere an ihre Stelle zu setzen, sondern um seiner ständigen Beschäftigung zu leben. Die größte Merkwürdigkeit in seinem Leben ist es, daß er nicht im Gefängnis, nicht einmal im Irrenhause gestorben ist. Zum Tode verurtheilt, wiederholt zu lebenslänglicher Haft verdammt, gaben dennoch die Umwälzungen in Frankreich ihm immer die Freiheit zurück, die er denn auch regelmäßig dazu benutzte, so lange gegen seine Befreier zu intrigiren, bis diese sich gezwungen sahen, ihn wieder einzusperrren. Blanqui ist 75 Jahr alt geworden. — Die angebliche Ablehnung des Schiedsgerichts von Seiten der Pforte erregte in Paris die Befürchtung, daß es zwischen Griechenland und der Türkei bald zum Ausbruch eines Konfliktes kommen werde. — Gambetta wird die Absicht zugesprochen, die Untersuchung der Cissy-Affaire zu ersticken. Sicher ist, daß er, aus bekannten Gründen die Armee stets hütend, die Anklagen gegen die verschiedenen Generale im höchsten Grade ungern sieht. — Die ökonomische Bilanz Frankreichs pro 1880 stellt sich weit günstiger als die politische. Die Eisenbahnen allein haben 85 Millionen Franks mehr abgeworfen als im Jahre zuvor. — Ein dem Grafen Chambord nahestehendes Mitglied der hohen Aristokratie wurde angeklagt, einen jungen Baron verleitet zu haben, daß er sein Geld einem Betrüger anvertraue. Es erhebt daraus ein neuer Standalprozess.

Der erste Neujahrsgruß an England ist die Proklamation eines Triumvirats der Boers in Transvaal, welche ihre Konstitution vertheidigen. Diese republikanische Bauernregierung offerirt jetzt allen Gegnern Amnestie. Die Beamten, welche unter der britischen Herrschaft dienten, sollen in ihren Stellungen verbleiben dürfen und ein englischer Konjul zugelassen werden. Eine bedeutende Anzahl großer englischer Journale erklären sich für das Aufgeben des Transvaal-Landes, da dessen Besitz für England keinen Nutzen bringe. Nach dem Bericht des Boersführers Joubert müssen die englischen Soldaten bei dem letzten Gefechte nicht sehr lange gekämpft haben. Mit nur 150 Mann griff er die Engländer an und der ganze Kampf währte bloß 15 Minuten, worauf von 250 Engländern über 50 getödtet, viele verwundet und der Rest gefangen waren. — Eine amtliche Meldung aus Pietermaritzburg vom 31. Dezember besagt: Aus Pretoria und vom Botschaftstrom (im Transvaal-Lande) liegen keine weiteren Nachrichten vor. Die Garnisonen von Sanderton und Waterkroon haben sich stark verhalten, sind mit ausreichenden Lebensmitteln versehen und sind bis jetzt noch nicht angegriffen worden. Die Boers haben Utrecht wieder geräumt. — Am letzten Tage des vergangenen Jahres fand in London ein dreistündiger Kabinetsthatz statt. Der russische Botschafter, Fürst Lobanoff, hatte eine längere Unterredung mit dem Staatssekretär des Auswärtigen, Lord Granville. — Die Staatseinnahmen für die Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 1880 ergeben gegen den gleichen Zeitraum des Jahres 1879 eine Zunahme von 202535 Pfd. Sterl. Die Einnahmen aus den Zöllen weisen eine Abnahme von 58000 Pfd. Sterl. auf. — Der Bizekönig von Irland hat eine Bekanntmachung erlassen, durch welche alle für Sonnabend und Sonntag anberaumten Landmeetings verboten wurden. — Barnell, Biggar, Dillon, Sullivan und Sexton sollen beabsichtigen, der Eröffnung des Parlaments beizuwohnen. Ihr Prozess ist noch nicht beendet, vielmehr nur bis 3. Januar vertagt worden. Nach einer Mittheilung der